

«Kantonsschule auf Jahre hinaus blockiert»

Die Abstimmungsgewinner fordern eine Strategie mit dezentralen Mittelschulen. Erziehungsdirektor Michael Stähli sieht das anders.

Franz Steinegger

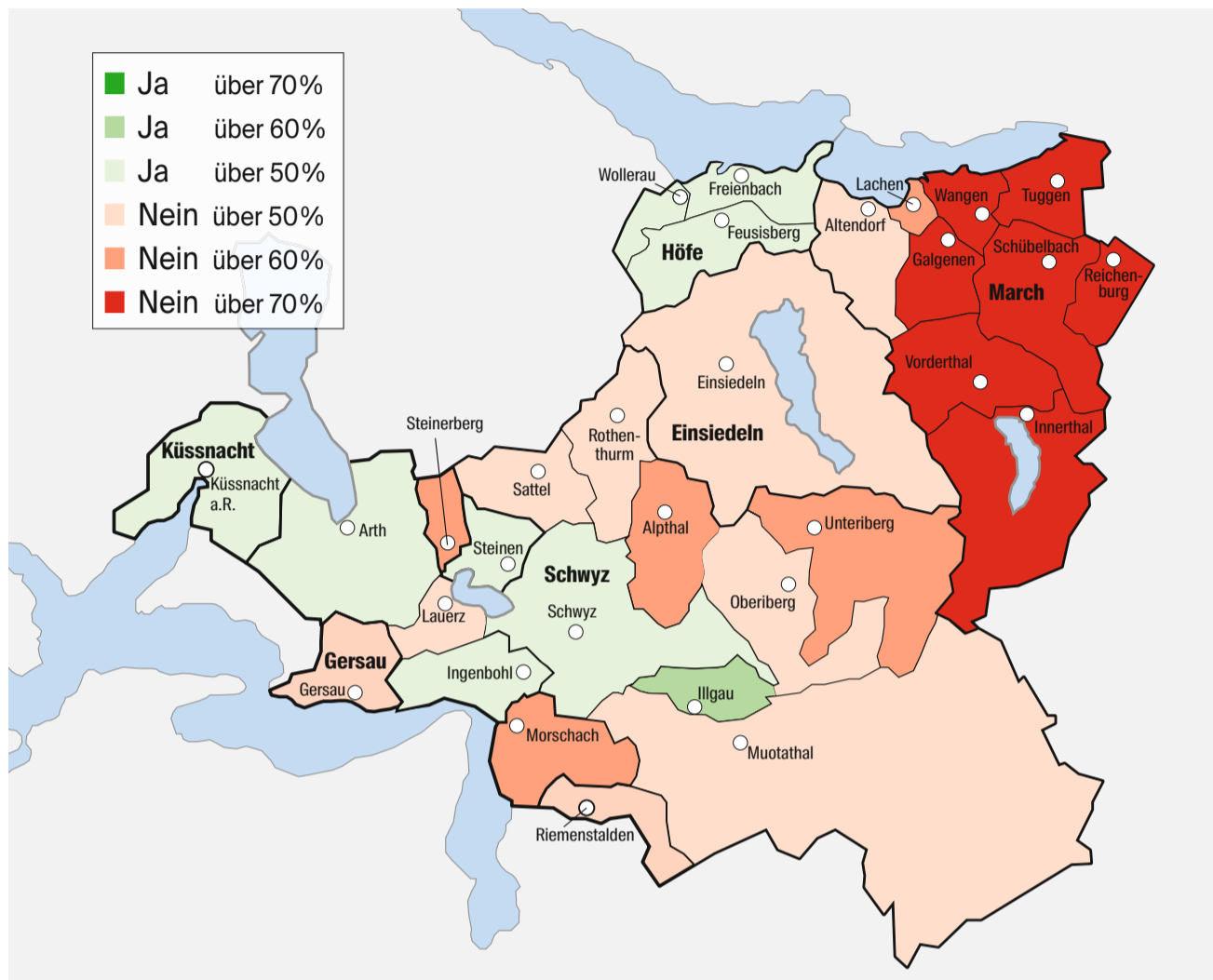
Man darf das Resultat durchaus als Überraschung werten, denn der Kantonsrat bewilligte mit 70 zu 20 Stimmen 92 Mio. Franken für den Neubau der Kantonsschule Ausserschwyz (KSA) in Pfäffikon. Gleichzeitig sollte der Standort Nuolen aufgehoben werden.

Nun hat das Volk diesen Beschluss im Verhältnis 55,4 Prozent Nein zu 44,6 Prozent Ja aufgehoben. Damit ist das Projekt «auf Jahre hinaus blockiert», wie Erziehungsdirektor Michael Stähli das Resultat kommentiert. Die Ablehnung sei «aus der Summe der Kritik» heraus entstanden. «Die einen sprachen von einem zu teuren Projekt, andere von einer Mammutschule, wieder andere argumentierten, man dürfe eine funktionierende Schule wie Nuolen nicht schliessen.» Es sei schwierig, einen Schwerpunkt aus dem Volkentscheid herauszulesen. Die Regierung werde das nun vertieft analysieren.

«Wir müssen nun einen neuen Weg suchen, der ans Ziel führt»

Sicher sei nur, dass der Planungskredit von sechs Millionen Franken verloren sei – «ohne Gegenwert». Der bauliche Handlungsbedarf bleibe, der sei mit dem Entscheid nicht gelöst. «Wir müssen nun einen neuen Weg suchen, der ans Ziel führt.»

Stähli weist den Vorwurf von SP-Seite zurück, die Regierung habe keine Mittelschulstrategie. «Es gibt genügend Grundlagen, welche die Richtung vorgeben.» Die Vorlage werde nun dazu benützt, dass Nuolen erhalten werden müsse, «aber es gibt ebenso klare Aussagen, dass man Nuolen und Pfäffikon zusammenlegen soll.»



Die Ja-Nein-Verteilung bezogen auf die Gemeinden. Grün steht für Ja, Rot für Nein.

Grafik: Benno Schönbächler

Der Erziehungsdirektor liest aus dem Verdikt des Volkes auch nicht heraus, dass nun Schwyz und Ingenbohl nicht zusammengehen sollten. Die Voraussetzungen seien ganz unterschiedlich. «In Pfäffikon wollten wir die Kan-

tonsschule intern optimieren. Im inneren Kantonsteil kamen die beiden Schulen überein, dass sie zusammenarbeiten wollen.» Zudem sei Ingenbohl eine Privatschule – und damit frei in der Entscheidung. Michael Stähli weist zu-

dem darauf hin, dass die Gemeinden Ingenbohl und Schwyz im Sinne der Regierung stimmten.

Ganz andere Schlüsse zieht das Referendumskomitee «für eine kostengünstige und dezentrale Mittelschul-

infrastruktur». Für dessen Präsident Roland Egli ist das Volks-Nein ein «Ja zum Mittelschulstandort March».

«Das Volk hat zwei klare Botschaften ausgesendet»

Egli liest zwei klare Botschaften aus dem Volksentscheid: «Der Neubaukredit ist massiv zu hoch, und es ist ein klares Bekenntnis, dass die Bürger die dezentrale Mittelschulstruktur erhalten wollen.» Er sieht auch keinen Graben zwischen Inner- und Ausserschwyz, auch nicht zwischen den Bezirken March und Höfe, die sehr unterschiedlich abgestimmt. Dass der Standortbezirk Höfe mit der Regierung gestimmt habe, sei plausibel. Dem stehe ein weit wichtigeres Nein aus der March gegenüber, wo es um den Standort Nuolen ging. «Wir erwarten nun von der Regierung, dass Pfäffikon für 350 Schüler neu gebaut wird und parallel dazu der Volksentscheid von 1995 umgesetzt wird, wonach der Kanton Nuolen und Pfäffikon als gleichwertige Teilschulen führt.»

Nimmt man die Resultate in den einzelnen Gemeinden unter die Lupe, so haben im inneren Kantonsteil die grossen Gemeinden Schwyz, Ingenbohl und Arth, der Bezirk Küssnacht sowie Steinen und Illgau den «Kantonsratsbeschluss über eine Ausgabebewilligung für die Realisierung von Neubauten für die Kantonsschule Ausserschwyz in Pfäffikon» gutgeheissen – mit dem Ausreisser Illgau, welches sogar mit 63 Prozent hinter der Regierung steht. Die March hat mit über 73 Prozent abgelehnt, Einsiedeln mit knapp 55 Prozent, während der Bezirk Höfe mit 55 Prozent die Vorlage angenommen hat.

Abstimmungsergebnis kantonale Vorlage

Gemeinden	Stimm-berechtigt	Kantonale Vorlage			
		Kantonsschule Ausserschwyz (KSA)			
		Stimmen		in %	
		Ja	Nein	Ja	Nein
Schwyz	10 498	2 464	2 370	51.0	49.0
Arth	7 261	1 608	1 400	53.5	46.5
Ingenbohl	6 115	1 458	1 333	52.2	47.8
Muotathal	2 668	609	693	46.8	53.2
Steinen	2 663	583	565	50.8	49.2
Sattel	1 360	253	306	45.3	54.7
Rothen-thurm	1 600	309	409	43.0	57.0
Oberberg	706	158	177	47.2	52.8
Unterberg	1 810	248	540	31.5	68.5
Lauerz	777	187	217	46.3	53.7
Steinerberg	701	114	187	37.9	62.1
Morschach	717	129	198	39.4	60.6
Alpthal	468	79	123	39.1	60.9
Illgau	609	220	130	62.9	37.1
Riemenstalden	53	11	14	44.0	56.0
Gersau	1 544	299	375	44.4	55.6
Lachen	5 231	697	1 522	31.4	68.6
Altendorf	4 707	839	1 128	42.7	57.3
Galgenen	3 401	391	1 071	26.7	73.3
Vorderthal	800	48	293	14.1	85.9
Innerthal	153	16	80	16.7	83.3
Schübelbach	5 400	417	1 581	20.9	79.1
Tuggen	2 270	225	676	25.0	75.0
Wangen	3 620	260	1 454	15.2	84.8
Reichenburg	2 367	184	644	22.2	77.8
Einsiedeln	11 228	2 089	2 481	45.7	54.3
Küssnacht	8 642	1 885	1 514	55.5	44.5
Wollerau	4 724	1 235	973	55.9	44.1
Freienbach	10 131	2 409	1 895	56.0	44.0
Feusisberg	3 393	694	667	51.0	49.0
Total	105 617	20 118	25 016	44.57	55.43

Stimmabstimmung 43,1 %

In Lauerz wird eine neue Kanzlei gebaut und der Gemeinderat verkleinert

Die Lauerzer haben einem Kredit von 3,3 Mio. Franken zugestimmt.

Die Stimmbürger der 1100-Einwohner-Gemeinde Lauerz haben bei einer Stimmbeteiligung von 60,9 Prozent mit überwältigendem Mehr (274 Ja zu 36 Nein) beschlossen, den Gemeinderat vorerst von neun auf sieben Mitglieder zu verkleinern. Etwas weniger deutlich, aber immer noch mit komfortablem Mehr (274 Ja zu 191 Nein) stimmten sie dem Verpflichtungskredit von 3,3 Mio. Franken zum Neubau der Gemeindeganzlei und nachfolgendem Abriss des bestehenden Kanzleibäudes zu.

Es lohnt sich nicht mehr, das aus dem Jahr 1961 stammende Haus mit

nicht mehr benützter Wohnung sowie Nebenräumen zu sanieren. Die Bausubstanz ist schlecht, und das Haus entspricht gesetzlichen und sicherheitsrelevanten Vorgaben nicht. Ein erster Anlauf scheiterte im April 2017, als das Volk die Integration der Kanzlei ins Projekt Seemattpark ablehnte.

Gebaut wird nun ein zweigeschossiges Verwaltungsgebäude mit Holzfassade. Auf ein Provisorium kann verzichtet werden, weil das bestehende erst abgebrochen wird, wenn das neue steht. Im Idealfall kann Mitte 2020 mit dem Bau begonnen werden.

Die Reduktion der Gemeinderats-sitze ist schon länger ein Thema. Nun wird sie Tatsache – befeuert vom Umstand, dass in den letzten Jahren die Rekrutierung von Mandatsträgern nur mit grosser Mühe gelang. Die Reduktion auf sieben Sitze, die Mitte 2020 vollzogen wird, ist jedoch nur ein Zwischenschritt, denn Ziel ist es, den Rat auf fünf Mitglieder zu verkleinern. Das ist bei der jetzigen Restrukturierung bereits eingeplant. Die Gemeinderäte sollen sich auf die strategischen Fragen zur zukunftsgerichteten Entwicklung der Gemeinde konzentrieren. (ste)



Auf diesem Platz in unmittelbarer Nähe zur bestehenden soll die neue Gemeindeganzlei Lauerz gebaut werden. Bild: Franz Steinegger

Gersau

Kurtaxen Das Gersauer Stimmvolk hat im Verhältnis von 2:1 (447 Ja zu 212 Nein) das neue Kurtaxenreglement genehmigt. Damit passt der Bezirk das Reglement den neuen kantonalen Vorgaben an. Im Vorfeld wurde Kritik laut, weil Gersau die Kurtaxe auf 3,50 Franken erhöht und damit die höchste im Kanton hat. Der Bezirksrat begründet dies mit der e-Gästekarte, welche den Gästen Vergünstigungen zubilligt. Neu ersetzt ein einheitlicher Jahrestarif drei jahreszeitlich abgestufte sowie den Berg- und Dorftarif. (ste)